

N° wm28	September 2010	BERICHT aus Lateinamerika: Überraschungen in Kolumbien <i>Wilhelm Mindler</i> wmindler@cantv.net wmindler@gmail.com
---------	-------------------	--

1. Überraschungen in Kolumbien
2. Hungerstreike und Medienmanipulation – vier Fälle als Kontrast

1. Überraschungen in Kolumbien

Über die anscheinend verfahrenere und asuwegslose Situation in Kolumbien habe ich wiederholt berichtet. Es ist derzeit in Südamerika das einzige Land mit einem Bürgerkrieg, der bereits ein halbes Jahrhundert dauert. Trotz intensiver US-Militärhilfe steigt die Kokaproduktion und die Guerrilla ist geschwächt aber noch lange nicht erledigt. Von landhungrigen Gutsbesitzern und Paramilitärs werden die Armen vom Land in die Stadt vertrieben, mehr als zwei Millionen macht diese vertriebene Gruppe aus! Millionen Kolumbianer verliessen ihr Land und leben derzeit vor allem in Venezuela und den USA. Wer Bogotá besucht sieht eine aufstrebende Stadt, viel besser organisiert als etwa das chaotische Caracas, all diese Schattenseiten bleiben ihm eher verborgen.

Kolumbien ist das Land mit dem grössten Kontrast zwischen Reich und Arm in Südamerika. **Álvaro Uribe**, dessen zweite Präsidentschaft am 7. August endete, isolierte sich gegenüber dem Rest der südamerikanischen Länder und pilgerte regelmässig kniefällig nach Washington, konnte aber dennoch die Bestätigung des ausgehandelten Freihandelsvertrages durch den US-Kongress nicht erreichen. Die Sicherheit hat sich während der acht Jahre unter Präsident Uribe wesentlich verbessert, willkürliche Gewalt wird aber nach wie vor angewendet, von den Guerrillas, von den angeblich bereits befriedeten Paramilitärs, und auch von regulären Soldaten, die als „falsche Positive“ ermordete Campesinos als angeblich gefallene Guerrilleros ausgeben und dafür Geldprämien kassieren. Letzteres geschah unter Uribe als Präsident und **Juan Manuel Santos** als Verteidigungsminister. Unter ihrer Verantwortung wurde auch vor zwei Jahren ein Guerrillero Lager auf der ecuadorischen Seite der Grenze bombardiert, wobei Raul Reyes und andere Guerrilleros sowie auch einige Zivilisten den Tod fanden. Unter Hinweis auf Reyes' erbeutete Laptop wurden dann Anschuldigungen gegen Chávez, Correa, die kolumbianische Senatorin Piedad Córdoba und andere in taktisch wichtigen Momenten ohne weitere Beweise an die Medien gefiltert. Uribe machte die Regierung in Ecuador für ein Guerrillero Lager nahe an der Grenze verantwortlich, übersah aber dabei dass es in Kolumbien seit Jahrzehnten dutzende derartige Lager gibt gegen welche seine Regierung und das Militär machtlos sind.

Trotz einer Unmenge von Skandalen war Uribe bis zuletzt sehr beliebt, er hatte ja das Land sicherer gemacht. Somit strebte er eine dritte Präsidentschaft an, die dazu nötige Verfassungsänderung wurde aber von seinen Freunden verzögert und letztlich verhindert. Sein langjähriger Verteidigungsminister Juan Manuel Santos, der einer alten oligarchischen Familie angehört, wollte auch zum Zug kommen.

Und dann kam im Wahlkampf die erste grosse Überraschung. Die Anhängerschaft von **Antanas Mockus**, der sich als Bürgermeister von Bogotá einen Namen gemacht hatte und der Kandidat der Grünen war, wuchs und wuchs. Laut Umfragen sollt er die Wahlen mit Abstand gewinnen.

Mockus ist für seine Ehrlichkeit bekannt und angesehen, nur macht sich die halt in einem Wahlkampf nicht bezahlt. Während Santos viele schöne Versprechen machte, war Mockus in den Debatten der Anwärter nicht allzu geschickt. Vor Journalisten erklärte er sogar Chávez hätte auch einige positive Seiten, so etwas konnte man in Kolumbien einfach nicht sagen. Der zum Erzfeind abgestempelte Chávez, welcher laut Uribe und Medien für einen Angriffskrieg gegen Kolumbien rüstete. Santos war als Verteidigungsminister oft noch weiter gegangen, seine aggressiven Erklärungen gegen Chávez mussten regelmässig von Uribe gedämpft werden. Wie auch unter Bush in den USA brachte diese primitive –und gefährliche- Angstmacherei die gewünschten innenpolitischen Dividenden.

Die zweite Überraschung kam am Wahltag: die Umfragen gingen ganz daneben, Santos hatte seine Wahlkampagne geschickt umgekrempelt und Allianz abgeschlossen, er gewann mit klarem Abstand und unwidersprochen. Diesmal gab es keine Anschuldigungen über Wahlschwindel.

Noch vor seiner Angelobung machte **Santos** eine Weltreise. Er besuchte Europa, mehrere lateinamerikanische Länder, machte aber einen grossen Bogen um die USA. Nein, er wollte keineswegs die Freundschaft mit den USA aufgeben, aber einen **klaren Kontrast zu seinem Vorgänger Uribe** setzen, der sich vom Rest Lateinamerikas völlig isoliert hatte.

Eine weitere Überraschung waren die ersten Entscheidungen von Santos. Er hatte es mit seinen **Wahlversprechen tatsächlich ernst gemeint**. Wie man erst jetzt erfuhr, hatte er angeblich bereits vor der Wahl versöhnliche Botschaften an Chávez gesandt. Noch am Wahltag übergab er an den Präsidenten von Ecuador eine Kopie der Information aus Reyes' Computer. Von jetzt an klares Spiel, keine fragwürdigen an die Presse gefilterten Nachrichten „aus gewöhnlich gut informierten Quellen“ mehr!

Als Aussenministerin ernannte er eine Dame namens Holguin, mit versöhnlichem Charakter und diplomatischem Geschick. Während Uribe sich alle bedeutenden Entscheidungen vorbehalten hatte, suchte sich Santos laut kolumbianischer Presse Fachleute mit der Absicht, ihnen eine gewisse Entscheidungsfreiheit zu überlassen.

Einen Vertrag zur Installierung von **SIEBEN MILITÄRBASEN**, den Uribe letztes Jahr mit den USA unterschrieben hatte, wurde von Venezuela zu Recht als Bedrohung betrachtet, die diplomatischen Beziehungen waren abgebrochen worden. Uribe umging eine Bestätigung dieses Vertrages durch das Parlament mit dem Argument, dass dieser mit einem vor vierzig Jahren mit den USA unterzeichneten Abkommen juristisch gedeckt wäre.

Nächste Überraschung: drei Tage nach der Angelobung treffen sich **Santos und Uribe in Kolumbien**, die Ernennung von mehreren binationalen Kommissionen unterstreicht dass sie es mit dem Kurswechsel ganz ernst nehmen. **Von einem Tag auf den anderen verwandelt sich der Erzfeind Chávez in einen Partner**, halt mit ideologischen Unterschieden aber gemeinsamen Interessen.

Kurz nach der Angelobung von Santos trifft der oberste Gerichtshof eine Entscheidung über den **Vertrag der Militärbasen**: dieser gehe weit über das alte Abkommen hinaus und müsse somit vom kolumbianischen Parlament bestätigt werden. Die Zustimmung des Parlaments ist nicht gesichert, und Santos hat anscheinend gar nicht die Absicht den Vertrag dem Parlament vorzulegen. Er **ist somit TOT**. So einfach kann man einen schweren Konflikt los werden.

Für die USA ist scheinbar bereits eine neue Alternative in Sicht: der peruanische Präsident Alan García erklärte vor der Presse er würde einen engeren militärischen Beistand der USA willkommen heissen . . .

Der neue kolumbianische Präsident Santos war als Verteidigungsminister vor zwei Jahren direkt für die Bombardierung des Guerrillalagers in Ecuador verantwortlich, bei der auch Bürger aus Ecuador starben. Ein Gericht in Ecuador hatte somit vor einiger Zeit gegen ihn einen Haftbefehl ausgestellt. Es wurde aber sofort erklärt als amtierender Präsident wäre er bei einem Besuch in Ecuador vor einer Verhaftung sicher. Auch dieser Konflikt wird wohl bald beigelegt werden.

Auch **für die Guerrilla** liess Santos eine **Türspalt** zu eventuellen Verhandlungen offen. Die **FARC-Guerrilla** antwortete jedoch **mit mehreren gewalttätigen und blutigen Überfällen**. Es ist schwer ihre Absichten zu durchschauen, vielleicht wollen sie einfach ihre ungebrochene Stärke demonstrieren. Die Tür haben sie somit zugeschlagen. Die Verurteilung dieser Gewaltakte ist einhellig, auch von jenen welche bisher Verhandlungen befürwortet hatten.

Santos wird wohl noch schlimmer sein als Uribe, waren die Befürchtungen. Hat er von einem Tag auf den anderen jetzt all seine Überzeugungen über den Haufen geworfen? Wohl kaum, aber er ist offensichtlich ein intelligenter politischer Spieler, der einen überraschenden Ausweg aus einer verfahrenen Situation gefunden hat. Freund und Feind sind überrascht und erleichtert. Nur die extreme Rechte in Kolumbien ist besorgt.

Venezuela hat nach dem Abbruch der Beziehungen Importe aus Kolumbien mit anderen Alternativen ersetzt (Ecuador, Argentinien, Brasilien). Allein vom verbesserten Handelsaustausch

erwarten Experten in Kolumbien ein zusätzliches Wirtschaftswachstum von jährlich 1%. Der positive Kurswechsel wird sich also schnell bezahlt machen. Auch im Energiesektor haben beide Länder gemeinsame Interessen.

Uribe ist besorgt. Wie ich schon früher berichtete rollten in der Vergangenheit viele Köpfe rund um ihn, Minister, Abgeordnete. Mit dem obersten Gerichtshof lag er ständig im Streit, aber als Präsident blieb er bis zuletzt unbehelligt. Nicht nur dass sich seine sieben US-Militärbasen in Nichts auflösten, gegen seine Söhne, seit langem unter Verdacht, laufen jetzt Korruptionsverfahren. Die Verfassungsänderung für seine erste Wiederwahl konnte Uribe nur mit der Bestechung von Abgeordneten durchbringen, das steht bereits ausser Zweifel. In den **endlosen Skandalen um den kolumbianischen Sicherheitsdienst DAS** trauen sich die Zeugen anscheinend jetzt vor Gericht freier reden. Dieser Geheimdienst hat nicht nur Telefone des Obersten Gerichtshofes, der Oppositionsabgeordneten, diplomatischer Vertretungen etc. abgehört, er hat auch Spione in diese Organisationen eingeschleust. Heute sahen wir im Fernsehen die Erklärungen einer weinenden Frau: ich war so verwirrt, und jetzt tut es mir ja sooo leid . . . **Bei den strategischen Besprechungen im DAS** nahmen auch **Vertreter der CIA** teil. Das ist kein Verdacht, das sind Erklärungen von Teilnehmern dieser Besprechungen. Peinlich, peinlich. Und der oberste Chef des DAS war Uribe, der somit immer tiefer im Schlamm sitzt.

Auch in anderer Hinsicht **machte sich Uribe lächerlich**: an seinem letzten Amtstag brachte er eine **internationale Beschwerde gegen Venezuela** ein, das angeblich die Guerrilla unterstützt. Er ist verbittert und wollte mit dieser und ähnlichen Aktionen Chávez provozieren und den Kurwechsel von Santos torpedieren. Diese Anklage hat juristisch keinen Sinn und landet direkt im Papierkorb. Sie ist nur zulässig wenn Uribe seine Reklame vorher direkt vor Venezuela vorgebracht hat, und dazu hat er sich erst gar nicht bemüht. Es ging ihm ja nur ums Medientheater.

Uribe hat eine dunkle Vergangenheit, stand sogar einmal auf einer Liste der USA als Rauschgifthändler, angeblich ein Irrtum. In jungen Jahren hat er angeblich als Flughafendirektor direkt die Rauschgiftflüge autorisiert. Die Paramilitärs konnten immer mit seiner Nachsicht rechnen. **Santos ist** – bis auf die Bombardierung von Ecuador und die peinlichen „falschen positive“ – **von seiner Vergangenheit her nicht belastet**, und man kann nur hoffen seinem bis jetzt glücklicher Start folgen weitere Taten in der selben Richtung. Auch bei seiner Antrittsrede hat er die anstehenden internen Probleme klar beim Namen genannt, so etwas ist allerdings bei derartigen Reden auch anderswo eher üblich und nicht immer ernst gemeint. Santos will ohne Zweifel mit seinem Erfolg als Präsident Uribe übertreffen. Der Start war überraschend gut.

Uribe wurde jetzt als **Mitglied der UNO-Kommission** zur Untersuchung des Überfalls auf die Gaza-Flotte ernannt. **Kein Witz!** Derzeit wird auf internationaler Ebene erwogen, die Zuständigkeit des internationalen Gerichtshofes auf sogenannte „vorbeugende Angriffe“ auf fremde Länder auszuweiten. Auf der ganzen Welt gibt es ja nur drei Länder welche derartige Angriffe für gerechtfertigt halten: die USA, Israel – und Kolumbien unter Uribe, nach der Bombardierung eines Lagers in Ecuador. Es scheint somit gesichert dass Uribe als angeblich neutraler Beobachter die „richtige Meinung“ in dieser Kommission vertreten wird.

2. Hungerstreike und Medienmanipulation – vier Fälle als Kontrast

Fall 1: Farmer als Folge eines Hungerstreiks in Venezuela gestorben:

Über Internet lese ich in der Wiener Tageszeitung Der Standard vom 31.August:

Regierungsgegner durch Hungerstreik gestorben

Familie: Brito sei Symbol für Kampf der Venezolaner um ihre Freiheit geworden

Caracas - In Venezuela ist nach monatelangem Hungerstreik gegen die Landpolitik von Staatschef Hugo Chávez ein Farmer gestorben. Wie die Familie von Franklin Brito am Montag in einer Erklärung an die Medien des Landes mitteilte, starb der 49-Jährige in einem Militärkrankenhaus in der venezolanischen Hauptstadt Caracas. Brito sei damit zu einem "Symbol" für den Kampf der Venezolaner um ihre "Freiheit" geworden. Einem Bericht auf der Internetseite der Zeitung "El Universal" zufolge starb der Landwirt offenbar an Herzversagen.

Die linksgerichtete Regierung hatte die Ländereien Britos im südlichen Bundesstaat Bolívar im Jahr 2005 verstaatlicht, der Farmer trat daraufhin erstmals in einen Hungerstreik. Die Anordnung wurde zwar im vergangenen Jahr widerrufen, da Brito aber weder eine offizielle Bestätigung dafür noch eine Entschädigung erhielt, begann er am Jahresende erneut einen Hungerstreik.

Chávez verstaatlichte im vergangenen Jahr rund 500.000 Hektar Ackerland, die zuvor in Privatbesitz waren. Dadurch solle die seit langer Zeit manifestierte Ungerechtigkeit in Venezuela beseitigt werden, begründete der Präsident des südamerikanischen Landes die Maßnahme. (APA/AFP)

Wir werden zumindest von APA und AFP über die Quelle informiert: die Internetseite von *El Universal*, Caracas. Sich auf *El Universal* als einzige Quelle zu beziehen ist ein starkes Stück, und diese Version wird weltweit von den Medien wiederholt. Die Version im Standard fiel eher sanft aus. Aber wer immer im Internet unter dem Namen Franklin Brito schürft stösst sofort auf eine wesentlich andere Version¹:

Brito stammt hier aus der Nordküste von Venezuela und bewirtschaftete im Bundesstaat Bolívar, fast 1000 km weiter im Süden ein Gut, über das er aber keine Besitzrechte hatte. Erst im Zuge der Landreform unter Chávez bekam er Besitzdokumente über 290,20 ha des Gutes La Iguaraya.

Vier Jahre später, im Jahre 2003 denunzierte Brito dass benachbarte Campesinos Teile seines Gutes besetzt hätten. Das Institut für Agrarreform INTI inspizierte die Situation, stellte fest dass die Grenzen klar waren und es keine Überschneidung der Besitze und keine Invasion gab und bestätigte die Besitzrechte von Brito. Dieser appelliert weiterhin vor höheren Instanzen bis im Jahre 2007 der Oberste Gerichtshof entscheidet dass das von Brito vorgebrachte Problem nicht existiert und keine Überschneidung von Besitzungen vorliegt.

Brito machte sich mit mehreren Hungerstreiken als Held der Opposition bekannt, und wurde eifrig zu seinen Protesten ermuntert. Als Protest gegen Chávez schnitt er sich einen Finger ab, nicht ohne vorher zu seiner Heldentat die Fernsehreporter der Opposition einzuladen. Schon wieder ein Opfer von Chávez. Im Juli 2005 nähte er sich als Protest sogar den Mund zu.

Der Mann war für die Regierung durchaus unbequem, somit bekam er ständig Zugeständnisse: Bau eines Zufahrtsweges zu seinem Gut, Traktor und landwirtschaftliches Gerät, Rodung von 40 ha. usw. Im August 2009 zieht Brito wieder seine Medienshow auf, diesmal vor den Toren der Organisation Amerikanischer Staaten. Im Zug eines weiteren Hungerstreiks im Dezember 2009 wird er in ein Militärspital gebracht. Am 12. August 2010 radikalisierte er seinen Hungerstreik der dann zu seinem Tod führte.

Laut Regierung und Staatsanwaltschaft hatte Brito einen gewissen Geltungswahn, der von Mitglieder der Opposition schamlos ausgenutzt wurde, die ihn aufstachelten und als Helden applaudierten. Er kam des öfteren ins Fernsehen!

Einige Anhänger der Regierung vermuten natürlich sofort dass hinter diesem Fall wieder einmal die US-Regierung steht. Die konspirierte zwar erwiesenermassen mit dem DAS in Kolumbien gegen Chávez, ihre Macht und Greifweite wird aber dennoch oft überschätzt.

Die Oberflächlichkeit der Version, welche durch die Weltpresse ging und auch im Standard verkürzt abgedruckte wurde, kann man leicht an einigen Details belegen: Sein erster Hungerstreik war nicht im Jahre 2005 sonder bereits 2003. Es ist auch falsch, dass Brito im Jahre 2005 enteignet wurde. Er stellte Anspruch auf ein Land, das einfach nicht zu seinen 290 ha gehörte. In den Medien wird betont dass die Regierung nie auf seine Forderungen einging, was natürlich auch falsch ist.

Wo liegt die Wahrheit der Tatsachen? Dazu kann ich weiter gar nichts sagen. Wenn ein Journalist allerdings bereits zu wissen glaubt dass Chávez ein unmenschlicher Diktator ist, wird er weiter keine Schwierigkeiten haben darüber zu entscheiden WELCHE VERSION ER DEM PUBLIKUM PRÄSENTIERT.

¹ In www.eltiempo.com etwa, einer Oppositionszeitung aus Puerto La Cruz, wurde nach der Versión der Familie Brito am 2.9. auch die Versión der Regierung wiedergegeben, die man vermutlich in *El Universal* nicht finden wird, oder wenn dann sehr kurz und versteckt auf einer inneren Seite.

Mehr zum Thema:

- In Venezuela ist das Katastersystem sehr mangelhaft, Besitze stützen sich oft auf fragwürdige Dokumente aus dem 19. Jahrhundert. Für weite Landesteile gibt es bis heute keinerlei legalen Besitzanspruch, sie gehören somit dem Staat.
- Wer sich auf einem Land das nicht ihm gehört installiert hat das Recht der „Bienhechuría“. Er kann vom Staat oder vom rechtmässigen Eigentümer verwiesen werden, hat aber das Recht auf Entschädigung für durchgeführte Verbesserungen (Bauten, Pflanzungen etc.).
- Als ich vor fast 40 Jahren nach Venezuela kam blieb mir der Mund offen als ich in einer Jesuitenzeitschrift las wie in der Vergangenheit hier viele grosse Landgüter typisch entstanden: du heuerst ein paar Rambos an, vertreibst Indios und Campesinos welche auf einem Land ohne registrierte Eigentumsrechte leben – und es gehört dir. Wird das Land verkauft oder vererbt, so haben die neuen Besitzer bereits reine Hände.
- Das grösste Gut in Venezuela, La Vergareña im Bundesstaat Bolívar mit 270 000 ha, gehörte einst der Familie Rockefeller. Auch die englische Krone hatte ausgedehnte Besitzungen. Im letzten Monat wurde bekannt dass die Regierung einvernehmlich von einer englischen Firma mehrere Güter mit insgesamt 300 000 ha gekauft hat. Chávez sprach der Firma in den Medien offen seinen Dank aus.
- Laut der Agrarreform hat ein Grossgrundbesitzer nur auf jene Teile Anspruch, welche er tatsächlich bewirtschaftet, und das ist meist nur ein kleiner Bruchteil der beanspruchten Fläche. Diese Bestimmungen entsprechen dem traditionellen Recht der Bienhechuría. Neu ist, das nicht bearbeitete Landflächen auch dann gegen Entschädigung enteignet werden können, wenn ein Besitzdokument vorliegt.
- Als Reaktion auf die Landreform unter Chávez wurden hunderte Campesinos ermordet, vor allem im Süden des Bundstaates Zulia, von unbekanntem Tätern, aber im Auftrag von aufgebrachten Grossgrundbesitzern! Schuldige sind nicht auszufinden.
- Im Rahmen der Landreform gab es natürlich auch legal nicht gerechtfertigte Besetzungen, zum Teil im günstigsten Augenblick vor der Ernte. Der Staat schlägt sich auf die Seite der Rechtlosen und ist in solchen Fällen oft nachlässig. Ebenso gibt es Kooperativen, welche die vom Staat gewährten Kredite veruntreuten. Die Pläne, mit der Landreform die nationale Produktion anzuheben, sind jedenfalls trotz vieler Kredite bis jetzt nicht aufgegangen. Es gibt positive Ausnahmen, aber im allgemeinen wurde zu sehr improvisiert.
- Am 8. September konnte man im Standard folgende Titel lesen:
 - *Land zum Spottpreis - Weltbank fordert Regeln für "land grabbing"*
 - *Reiche Staaten kaufen sich im Ausland Ackerland, um sich Nahrungsmittel und Energie zu sichern*Inzwischen kommt scheinbar auch die Weltbank drauf dass es da weltweit ein ernstes Problem gibt.
- Zu „Entgiftungszwecken“ können gesunde Personen ohne ernste Gesundheitsfolgen bis zu 30 Tage nur unter Wassereinnahme fasten. Kritisch dafür sind die ersten Tage und die Diät vor Beginn. Nach etwa 40 Tagen tritt der Tod ein, wie etwa bei den Streikern in Nordirland unter der eisernen Dame Margaret Thatcher. Viele Hungerstreiker verlängern diese Frist mit dem Einnehmen von anderen Flüssigkeiten.
- In gewissen Fällen werden die Streiker gegen ihren Willen künstlich ernährt. Manchmal ist ein Hungerstreik auch reines Theater – ich beziehe mich damit allerdings nicht auf die erwähnten Fälle.

Fall 2: Hungerstreik in Kuba:

Die Weltpresse berichtete in den letzten Monaten ausführlich über den Hungerstreik von Guillermo Fariñas in Kuba, der 135 Tage dauerte bis die Regierung unter internationalem Druck Konzessionen für die sogenannten politischen Gefangenen machte.

Fall 3: Ein vergessener Hungerstreik in Chile:

Wie wir alle informiert sind ist derzeit Chile eine vorbildliche Demokratie, offen für ausländische Investitionen und mit einem grossen Wirtschaftswachstum. Kupfer spielt für Chile die selbe Rolle wie das Erdöl in Venezuela.

Kaum erwähnt wird, dass die dortigen Militärausgaben vergleichbar wesentlich höher sind als etwa in Venezuela. Venezolanische Militärs sind eine Bedrohung für die freie Welt, die chilenischen verteidigen halt die Demokratie.

Vor vierzig Jahren gab es in Venezuela Militärgefängnisse für Zivilisten, in denen oft protestierende Studenten landeten, ohne rechtlichen Beistand, ohne Recht auf einen Prozess. Heute sind in Venezuela die Militärgerichte längst nur noch für Militärs zuständig, während in Chile weiterhin fragwürdige Gesetze aus der Zeit von Pinochet gültig sind, was dem inneren Frieden im Land natürlich sehr zugute kommt.

Das Gesetz 18314 definiert Terrorismus. Dazu gehören etwa Akte, welche begangen werden „mit der Absicht, in der Bevölkerung oder einem Teil derselben eine berechnete Befürchtung zu erwecken, Opfer eines ähnlichen Vergehens werden zu können“. „Ausser in Fällen wo das Gegenteil belegt werden kann wird angenommen dass hinter Vergehen mit Explosiv- oder Brandkörpern, Waffen mit Zerstörungskraft, giftigen, korrosiven oder infektiösen Mitteln oder anderen welche schweren Schaden anrichten können“ eine derartige Absicht besteht.

Wie wohl ein jeder weiss gibt es in Venezuela Indios, aber kaum bekannt ist dass es in Chile relativ viel mehr Indios gibt. Allein die Mapuchen im Süden machen mehr als 6% der Bevölkerung aus. Diese konnten unter Pinochet halt keine Besitzurkunden für ihren Ländereien vorweisen, somit wurden diese an internationale Konzerne zur Holzausbeutung und zum Bergbau verschachert. Ein raffiniertes Gesetz trennt ausserdem das Recht auf Landbesitz vom Recht auf das Wasser². Es kann somit vorkommen dass durch dein Land ein Fluss läuft, von dem du nicht trinken darfst, oder wo du dich nicht beschweren kannst, wenn ihn im Oberlauf der „rechtmässige Besitzer“ verschmutzt.

Seit Jahren protestieren die Mapuchen vergeblich. Ihre Rechtsanwälte argumentieren dass sie gegen Besitzungen der Ausbeuter agieren, aber nicht fremde Leben in Gefahr bringen und somit keine Terroristen sind. Aber als Terroristen kommen sie vor Militärgerichte, ohne ein Recht auf einen fairen Prozess. Einige sind in Zellen ohne Zugang zum Tageslicht eingesperrt, was ihren biologischen Rhythmus durcheinanderbringt und anderswo als Tortur eingestuft wird. Gleichzeitig laufen gegen sie parallele Verfahren vor Zivilgerichten!!!!

Nach einem jahrzehntelangen erfolglosen Kampf sind jetzt vor 60 Tagen mehr als 30 Mapuchen in einen Hungerstreik getreten.

Unter dem Stichwort „Mapuche“ finde ich im Standard vom 22.8. tatsächlich einen seriösen Artikel mit dem Titel „Widerstand gegen neuen Kolonialismus“, aber ansonsten wird das Thema weltweit kaum erwähnt.

Traditionell akzeptierten die Mapuchen die verzerrten Werturteile der „zivilisierten Gesellschaft“, in die sie als unterstes und verachtetes Glied eingestuft wurden. Aber in den letzten Jahren hat sich wie auch im Rest Lateinamerikas das Selbstbewusstsein dieser Gruppen gesteigert, sie protestieren und pochen auf ihre sozialen Rechte. Auch die Ex-Präsidentin Michelle Bachelet, als links und fortschrittlich angesehen, stellte sich taub zu ihren Forderungen. Mit dem Hungerstreik gelingt es den Mapuchen jetzt endlich, das Thema auf Tapet zu bringen: Vor ein paar Tagen protestierte der chilenische Journalistenverband dass dieser Hungerstreik von den chilenischen Medien verschwiegen werde. Und soeben schlossen sich vier linke Abgeordnete ihrem Streik an, die allerdings sofort von der Polizei abtransportiert wurden. Nur keine Fotos, keine Fotos!

Über die Fälle Brito und Fariñas brechtet die Weltpresse ausführlich, während in Chile jahrelang die brutale Unterdrückung einer ganzen Volksgruppe verschwiegen wird! Interessen von

² Zitat aus “ Chilean Town Withers in Free Market for Water”, New York Times, 14.3.2009: “... Water for Quillagua’s residents is trucked in. They say mining companies have polluted their river and bought up water rights”. Ich zitiere englische Quellen da sie für Österreicher besser verständlich sind.

transnationalen Konzernen sind im Spiel, und wieder einmal geht es um die Frage, wer im Hintergrund die „freie Presse“ kontrolliert!

Fall 4: Guantánamo oder wie man Hungerstreiker im Ramadan künstlich ernährt ohne das islamische Fastengebot zu brechen

In einem Leitartikel beklagten jüngst die New York Times wie schnell Obama seine Wahlversprechen vergass. Fünf Männer von jenen, die von Bush ins Ausland abgeschoben und nachher gefoltert worden waren, versuchen die USA zu verklagen. Im Wahlkampf denunzierte Obama dass Bush in solchen Fällen das Recht auf einen Prozess mit dem Argument blockierte, dass in diesem Staatsgeheimnisse entüllt werden könnten. Und jetzt brachte die Regierung Obama genau das selbe Argument vor. In einer umstrittenen Entscheidung 6:5 gab ein Tribunal der Regierung recht³. Die jetzigen Ankläger wurden von der CIA nach Marokko und Ägypten ausgeflogen. Binyam Mohamed etwa, ein Äthiopier mit legalem Wohnsitz in Grossbritannien, wurde 18 Monate lang gefangen gehalten und gefoltert, es wurde ihm unter anderem der Penis mit einem Skalpell abgeschnitten (oder beschnitten, „cut“ im Original) und dann wurde eine stinkende, heisse Flüssigkeit auf die Wunde geträufelt. Dieser beschämende Tatbestand ist allgemein bekannt, wird aber als „Staatsgeheimnis“ klassifiziert um einen peinlichen Prozess gegen die US-Regierung zu verhindern.

Obama versprach auch, nach Amtsantritt binnen eines Jahres Guantánamo zu schliessen. Auf US-Boden ist es ja verboten die Menschenrechte zu verletzen, somit wurden die Gefangenen unter Bush auf diese von Kuba gemietete Militärbasis gebracht. Sie sind keine Kriegsgefangenen sondern nur „feindliche Kämpfer“, sie befinden sie auch nicht in den USA, somit haben sie keinen Anspruch auf Menschenrechte. Das Dilemma für Bush und jetzt Obama: man „weiss, dass sie Terroristen sind“, kann es aber vor Gericht nicht belegen (unter anderem weil Geständnisse unter Tortur erpresst wurden und somit von keinem Gericht anerkannt werden). Und jetzt findet Obama kein Land, das bereit wäre diese „Terroristen“ aufzunehmen (einige sind tatsächlich Terroristen, andere wurden gegen Belohnung falsch angeklagt). In zivilisierten Ländern ist der Angeklagte üblicherweise so lange unschuldig, bis seine Schuld vor Gericht bewiesen wird. Aber wie gesagt, in Guantanamo gelten halt andere Regeln!

Einige der in Guantanamo nach wie vor inhaftierten sind jetzt im Hungerstreik. Aber während unter Bush vor ihren Augen der Koran misshandelt wurde, respektiert die Regierung des Friedensnobelpreisträgers ihre religiösen Überzeugungen: sie werden derzeit unter Beachtung der für den Fastenmonat Ramadan gültigen Bestimmungen künstlich ernährt: vor Sonnenaufgang und nach Sonnenuntergang, wie es der Koran vorschreibt. Es wird ihnen ein wohlschmeckender Brei in den Magen gepumpt, den so gar die Journalisten kosten durften! Die genaue Zahl dieser Hungerstreiker ist ebenfalls Staatsgeheimnis. Auch sie sind in Kuba, aber nicht wie der Hungerstreiker Fariñas im Kuba der Brüder Castro, somit werden sie von den meisten Medien einfach ignoriert.

Nach einem Protest der Medien hat das Pentagon soeben die Regeln für Reporter in Guantánamo etwas erleichtert.⁴ Ab jetzt dürfen sie über klassifizierte Information schreiben, wenn diese ohnehin bereits allgemein bekannt ist. War es bis jetzt etwa verboten allgemein bekannte Tatsachen zu wiederholen? Auch wird ihnen von jetzt an erlaubt, Kaugummi zu kauen! Ein Wunder von Pressefreiheit!

Wilhelm Mindler
Cumaná, Venezuela
September 2010

Nachtrag:

Aufgrund einer Computerpanne konnte ich vor zwei Wochen diesen Bericht nicht gleich verschicken, und inzwischen hat sich einiges getan.

³ Editorial "[Torture Is a Crime, Not a Secret](#)", NYT, 8.9.2010

⁴ NYT, 10.9.2010 "Pentagon Eases Some Rules on Guantánamo Coverage": "In a significant compromise, the Pentagon agreed to no longer require that reporters withhold information that the military considers privileged if such information has already been publicly revealed or independently verified" – "Provisions that expressly prohibited acts like gum chewing and stretching in military courtrooms have been dropped"

SANTOS sammelt in Kolumbien weiterhin Erfolgspunkte. Zeitlich geschickt abgestimmt, während er in den USA bei der UNO war, wurde ein Bunker der **FARC-Guerrilla** massiv bombardiert und Alias „**Mono Jojoy**“ **getötet**, militärischer Chef der FARC und als blutrünstig berüchtigt. „Mono“ heisst Affe, wird aber in Kolumbien allgemein für Leute mit der Haarfarbe dieses Guerrilleros verwendet. Eine Zeitung in Venezuela kommentierte auch gleich: der **Mono** ist tot, jetzt kommt der **Mico** dran. Mico heisst ebenfalls Affe und wird von der Opposition verächtlich für Chávez verwendet. Wie gesagt, in Venezuela gibt es keine Pressefreiheit . . .

Bemerkenswert ist auch die neue Beziehung Kolumbiens mit Ecuador, das unter Uribe ein Erzfeind war. Rafael Correa ist dieses Jahr Generalsekretär der UNASUR (Unión de América del Sur, umfasst ganz Südamerika). Während Uribe sich immer distanz zu UNASUR verhielt, versuchen Correa und Santos im kolumbianischen Parlament noch vor Jahresende die Ratifizierung des Beitritts zu UNASUR durchzubringen. Frischer Wind in die richtige Richtung.

In einer chilenischen Kupfermine, die erst vor kurzem wegen Verletzung von Sicherheitsmassnahmen gesperrt war, kam es wieder zu einem Unglück. 33 verschollene Bergleute konnten nach mehr als zwei Wochen lebend geortet werden. Der gesetzlich vorgeschriebene Sicherheitsausgang existiert nicht, staatliche Behörden sind mitverantwortlich (es geht ja um viel GELD). Sie sitzen 720 Meter unter der Erde, so eine Rettungsaktion hat es weltweit noch nie gegeben. Die Rettung dauert etwa drei Monate, der Erfolg ist ungewiss. Der neue rechte Präsident Piñero reagierte sehr geschickt. Weltweit wurden Experten befragt und angeheuert, einerseits zur psychologischen Betreuung, andererseits werden mit verschiedenen Verfahren gleichzeitig drei Schächte gebohrt. Die verschütteten Bergleute werden durch ein ganz kleines Bohrloch versorgt und nehmen aktiv an den Rettungsarbeiten teil, was psychologisch sehr wichtig ist. Die Medien werden mit täglichen Meldungen versorgt, das ganze Land zittert und hofft mit. Die Erfolgsmeldungen werden vorsichtig dosiert (es könnte ja jederzeit etwas schiefgehen). das Unternehmen muss eine Menge Geld kosten, Piñero schwimmt verdienstweise auf dieser grossen Erfolgswelle.

Der Hungerstreik der Mapuchen geht weiter und hat endlich die gewünschte Reaktion in den Medien. Piñero hat für nächste Woche Verhandlung versprochen mit Teilnahme neutraler Vermittler wie etwa der katholischen und evangelischen Kirche. Es soll nur über soziale Verbesserungen geredet werden, nicht aber über die Rückgabe von an Transnationale verschacherter Ländereien. Das Thema ist aber endlich auf dem Tapet und die Mapuchen werden sich kaum so billig abspeisen lassen.

In Venezuela sind heute Parlamentswahlen. Die ärmeren Klassen sind auf Seite von Chávez, etwa 70%, die sogenannte Mittelklasse auf Seiten der Opposition. Jede der beiden Seiten hat sich auf die Stammwähler konzentriert, es sollte also keine grosse Überraschung geben. Die Opposition hat die letzten Wahlen boykottiert, und somit waren in letzter Zeit einige abtrünnige Chavisten die einzige Opposition im Parlament. Wie immer die Wahl ausgeht, die Opposition wird mehr als Null Abgeordnete haben und kann somit einen grossen *Triumph* feiern. Die wichtigste Frage: können die Chavisten ihre Zweidrittelmehrheit behalten und somit weiterhin tun was sie wollen? Einige peinliche Skandale haben die Chavisten geschwächt, eine Reform des Wahlgesetzes kommt ihnen zugute (wie auch anderswo üblich in solchen Fällen). Das Wahlsystem ist nach wie vor musterhaft, Wahlschwindel wie etwa in Kolumbien oder Manipulationen wie noch vor wenigen Jahren in den USA (Florida!) sind kaum möglich. Mehr dazu in den nächsten Tagen.